

Stromtrasse „Suedlink“: Bürgerinitiativen-Antrag scheitert



München. Rückschlag für mehrere Bürgerinitiativen gegen die umstrittene Stromtrasse „Suedlink“: Wie die Nachrichtenagentur dpa berichtet, hat die Bundesnetzagentur einen Antrag von Kritikern aus Hessen, Thüringen und Unterfranken auf eine Aussetzung der Planung wegen der Corona-Krise abgelehnt. Über einen Anwalt hatten die Bürgerinitiativen Mitte April beantragt, die Bundesfachplanung bis zum Ende der Ausgangsbeschränkungen auszusetzen. Die Bundesnetzagentur entschied aber nun, dass die Beteiligungsmöglichkeiten auch während der Corona-Pandemie nicht unzumutbar erschwert seien. Gegner der Stromtrasse „Suedlink“ fürchten etwa, dass darüber nicht nur Windstrom von Nord- nach Süddeutschland, sondern auch ausländischer Atom- und Kohlestrom fließen könnte. Die Trasse soll von Schleswig-Holstein bis Baden-Württemberg führen, durch Niedersachsen, Hessen, Thüringen und Bayern. Überwiegend sind Erdkabel geplant. Die Fertigstellung fassen die Betreiber für 2025 ins Auge. Letztlich entscheidet die Bundesnetzagentur über den Verlauf der Trasse, der zwischen Ländern und Regionen teils heftig umstritten ist. Mehr.